Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel I) Intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle

Wie wir erhalten, was uns erhält

Jahrzehnte des Umweltschutzes haben unsere Flüsse sauberer, die Luft reiner und die Wälder gesünder gemacht. Das haben GRÜNE und Umweltbewegung erreicht, oft im Konflikt mit mächtigen Lobbys und Wirtschaftsinteressen und meistens gegen die Polemik und den Widerstand von CDU, CSU, FDP und viel zu oft auch von der SPD.

Doch noch immer sind unsere Wälder stark geschädigt, sind über 80% der Gewässer in einem schlechten Zustand. Pestizide aus der Landwirtschaft verunreinigen Lebensmittel und Textilien. Allergien und durch eine belastete Umwelt verursachte Erkrankungen nehmen zu, besonders bei Kindern. Artensterben, Monokulturen und Flächenverbrauch nehmen stetig zu, unbeeindruckt von Politikerreden. Und in den Meeren schwimmen bald mehr Plastikabfälle als Fische.

Grüne Politik minimiert die Belastungen für unsere Umwelt, damit wir alle gesünder leben können. Wir wollen die Vielfalt der Natur für uns und nachkommende Generationen bewahren. Dazu müssen wir uns von einem auf quantitatives Wachstum verengten Wohlstandsbegriff lösen. Wir müssen wegkommen von Agrarfabriken und Massentierhaltung hin zu einer naturverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft. Erdbeeren im Winter, Clementinen im Sommer, das ganze Jahr über Spargel – der ökologische Preis für die immerwährende Verfügbarkeit von nicht saisonalem Obst und Gemüse ist hoch.

Was wir alle wissen, aber zu oft vergessen: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt. Für ein Leben, das wieder stärker im Einklang mit der Natur ist, brauchen wir eine Übereinkunft, wie wir mit unserer Umwelt umgehen und wie wir die Vielfalt der Arten erhalten und Lebensräume schützen.

Umweltschutz ist auch eine elementare Gerechtigkeitsfrage und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Denn es sind immer die Ärmsten, die im Wettstreit um schwindende Ressourcen den Kürzeren ziehen – weltweit und auch bei uns in Deutschland. Lärm und Abgase treffen gerade die, die sich keine teure Wohngegend leisten können. Aber sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und gute Luft dürfen ebenso wenig wie der Schutz vor gesundheitsschädlichem Lärm keine Frage des Geldbeutels sein. Menschen, die durch Arbeit oder Umwelt erkranken, brauchen eine adäquate Behandlung.

Wohl in keinem anderen Politikbereich wird so deutlich wie in der Umweltpolitik um was es geht: Lebensgrundlagen erhalten, Vorsorge treffen, Zukunft schaffen. Die Herausforderungen sind gewaltig, die Widerstände groß. Nicht nur die Politik muss sich ändern, sondern auch die Art, wie wir leben und wirtschaften.

Dafür braucht es informierte Verbraucherinnen und Verbraucher, mutige Umwelt-, Natur- und TierschützerInnen sowie engagierte Landwirtinnen und Landwirte, die regionale und Bioprodukte herstellen, den Tierschutz in der Tierhaltung umsetzen und die Landschaft und Natur pflegen. Jeder kann sich für eine bessere Umwelt einmischen mit dem Einkaufskorb – im Bioladen und im Discounter. Dafür braucht es eine klare und verlässliche Kennzeichnung für ökologische, regionale und faire Produkte. Zudem ist es wichtig, dass Kinder Kompetenzen im Umgang mit Natur und Umwelt entwickeln. Deshalb wollen wir für eine nachhaltige Umweltbildung sorgen, die Werte vermittelt und Kinder motiviert, die Natur zu erleben und erhalten zu wollen.

1. Intakte Umwelt, gesundes Leben

Umweltbelastungen wollen wir durch strenge Grenzwerte auf ein Minimum zurückfahren. Die EU-Chemikalienverordnung REACH wollen wir so verbessern, dass nur unbedenkliche Chemikalien auf den Markt kommen und gefährliche Stoffe durch unbedenkliche ersetzt werden. Uns Grünen ist klar, dass der Chemie bei dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft eine Schlüsselrolle zukommt. Daher wollen wir eine Chemiewende und die Herstellung und Nutzung umweltfreundlicher, gesundheitlich unbedenklicher Chemikalien vorantreiben. Wir wollen, dass die Hersteller für das Inverkehrbringen gefährlicher Stoffe haften.

Intakte Böden, sauberes Wasser und reine Luft sind eine Grundvoraussetzung für ein gesundes Leben. Wir wollen europaweit ehrgeizige Vorgaben für den Bodenschutz durchsetzen. Die deutsche Blockade der europäischen Bodenrahmenrichtlinie wollen wir beenden und die Einbeziehung des Bodenschutzes in die verschiedene Fachgesetze verstärken, um neue Bodenbelastungen durch Schadstoffeintrag oder Erosion möglichst zu vermeiden. Wir streben, in Abstimmung mit den Ländern, eine Sanierung aller Altlasten bis zum Jahr 2050 an, bei denen das fachlich geboten ist. Für die Gewässer und das Grundwasser gilt es die Vorgaben der EG-Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen und den sogenannten guten ökologischen Zustand bzw. den guten mengenmäßigen und chemischen Zustand schnellstmöglich herzustellen. Salzeinleitungen in Flüsse müssen beendet werden.

Die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Quecksilber, Stickoxide und Feinstaub wollen wir weiter senken. Darüber hinaus setzen wir uns erneut für die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen bei der Abfallmitverbrennung und die Einführung von ambitionierten Grenzwerten auch für weitere Stoffgruppen ein. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemiekalien ("Fracking") lehnen wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Für bestehende konventionelle Erdgas- und Erdölföderungen wollen wir die Länder unterstützen, den Förderzins deutlich zu erhöhen. Auch den Bedrohungen durch das Eisenhydroxid aus dem Braunkohle-Tagebau wollen wir Einhalt gebieten und bei der konventionellen Förderung von Rohstoffen in Deutschland legen wir größten Wert auf Umweltschutz und Transparenz.

In Wohnungen, Büros und Klassenzimmern ist die Schadstoffbelastung der Luft heute teilweise höher als draußen. Deshalb brauchen wir strengere gesundheitliche Anforderungen etwa für Baustoffe oder Bürogeräte. Lärm und Lichtverschmutzung sind inzwischen massive Probleme für Natur und Gesundheit. Lärm stresst und macht auf Dauer krank. Insbesondere bei öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Orten soll besonders auf den Einsatz von lärmreduzierenden, die Raumakustik verbessernden Materialien geachtet und auf unnötige Beschallung verzichtet werden. Wie wir Lärm im Verkehr vermeiden wollen, haben wir im Kapitel „Nachhaltige Mobilität“ beschrieben.

Es gibt Hinweise auf Gesundheitsrisiken durch Elektrosmog. Wegen der Komplexität von Krankheitsauslösern und Krankheitsbildern in einer schadstoffreichen Welt lassen sich die Risiken nicht

exakt bewerten. Deshalb muss hier das Vorsorgeprinzip greifen. Wir setzen uns ein für vorsorgeorientierte und kindgerechte Grenzwerte. Kommunen und Bevölkerung sollen bei der Standortwahl für Funkmasten mehr Mitwirkungsrechte erhalten.

2. Die Vielfalt der Natur schützen

Jeden Tag werden Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. In Deutschland sind 40% der Wirbeltierarten in ihrem Bestand bedroht oder bereits ausgestorben. Ihre Lebensräume werden zerschnitten oder zerstört, Rückzugsgebiete gibt es nur noch wenige. Damit sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Denn als Teil der Natur kann der Mensch nur leben, wenn er seine natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt.

Wir GRÜNE wollen die Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die Schönheit naturnaher Landschaften flächendeckend schützen und für nachfolgende Generationen erhalten. Auch unsere Kinder sollen noch Störche sehen sowie Moore und alte Buchenwälder erleben können! Mehr „Wildnis" in Form von intakten Biotopen wie Mooren, Auwäldern oder „Urwäldern" sind für uns faszinierende Aussichten, für die es sich lohnt, Politik zu machen. In Städten werden wir uns dafür einsetzen, die Straßenbäume zu schützen und Naturerlebnisräume für Kinder und Jugendliche einzurichten. Sie sollen auch ihre eigenen Lebensgrundlagen gesichert vorfinden! Wir verstehen Naturschutz als ressortübergreifenden Politikansatz. Deshalb wollen wir den Naturschutz in allen Politikbereichen verankern – von der Umweltbildung über nachhaltige Entwicklung, Land- und Waldwirtschaft bis zur Verkehrsplanung. Dafür wollen wir auch die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder nutzen und die gesetzlichen Kompetenzspielräume hierfür stärken.

Wir wollen die Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten u.a. durch entsprechende Managementpläne wirksam schützen, besser vernetzen und neue schaffen. Wir wollen das deutsche Naturschutzrecht im Rahmen der bewährten bestehenden EU-Naturschutzrichtlinien modernisieren. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt wollen wir zu einem Ressort übergreifenden Regierungsprogramm aufwerten und finanziell aufstocken. Wo sich Eingriffe in die Natur und Landschaft nicht vermeiden lassen, muss der Schaden vorrangig real ausgeglichen werden. Immer noch fallen in Deutschland täglich rund 80 Hektar neuen Bau- und Verkehrsprojekten zum Opfer. Das entspricht pro Jahr in etwa dem Stadtgebiet von München. Damit gehen langfristig wichtige land- und forstwirtschaftliche Flächen sowie geschützte Gebiete verloren. Wir wollen den Netto-Flächenverbrauch bis 2020 auf höchstens 30 Hektar am Tag reduzieren und langfristig ganz stoppen. Wir wollen Abgaben und Steuern mit ökologisch wirksamen Komponenten versehen (z.B. die Grundsteuer), damit die Nutzung von Brachflächen, Entsiegelung und Rückbau attraktiver wird als Neuversiegelung.

Flüsse sollen frei fließen, Wälder sich naturnah entwickeln können. Daher wollen wir 5 % der Waldfläche, darunter 10% der öffentlichen Wälder, aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen und auf den anderen 95 % eine naturnahe Waldnutzung erreichen. Dafür wollen wir das Waldgesetz nach ökologischen Standards novellieren. Das Jagdrecht soll sich an der naturnahen Waldwirtschaft, einer umweltverträglichen Landwirtschaft, den Belangen des Naturschutzes und den Erfordernissen des Tierschutzes ausrichten. Wir wollen die letzten noch frei fließenden Flüsse in Deutschland erhalten. Einen weiteren Ausbau von Elbe und Donau sowie naturnaher Abschnitte aller anderen Flüsse lehnen wir daher ab. Flussauen sollen – auch im Sinne des Hochwasserschutzes - im Rahmen eines nationalen Programms renaturiert werden. Den Umbau der Bundeswasserstraßenverwaltung wollen wir im Sinne einer Verwaltung für ökologisch intakte Flüsse fortsetzen. Die Sicherung des nationalen Naturerbes muss durch eine Übertragung von weiteren 30.000 Hektar Naturschutzflächen fortgeführt und gefördert werden. Der Bund bietet den Ländern oder anerkannten Stiftungen alle naturschutzwürdigen Flächen aus seinem Eigen-

tum zum ausschließlichen Zweck zur Sicherung des Nationalen Naturerbe kostenfrei zur Übernahme an. Auf zunächst 2% der Landesfläche soll sich die Natur ungestört entwickeln können.

Wir wollen die Verschmutzung und Verlärmung der Meere stoppen, die globale Überfischung beenden sowie Nord- und Ostsee konsequenter schützen. Um die weltweite Ernährungssicherheit nicht zu gefährden, muss die EU vor allem ihre Fischereiaktivitäten vor den Küsten von Entwicklungsländern stark einschränken und besser kontrollieren. Die weitgehende Vermeidung von Beifang und die Umsetzung des EU-Rückwurfverbots wollen wir auf nationaler Ebene ambitioniert durchsetzen. Deutschland muss sich auf globaler Ebene intensiv für ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten engagieren. Wir wollen die umweltschonende Beseitigung von versenkter Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee intensivieren. Wir setzen uns gegen den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee, der Arktis und an Land ein, um einmalige und noch weitgehend unberührte Lebensräume zu erhalten. Auch muss Deutschland seine Zusagen zum Schutz der Regenwälder und der biologischen Vielfalt einhalten und wieder zu einem verlässlichen Partner im Bereich des internationalen Artenschutzes werden, der sich für ein Ende der dramatischen Plünderung der Urwälder und Wildtierbestände einsetzt.

Wir wollen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Schutz ihrer natürlichen Ressourcen unterstützen. Doch das allein reicht nicht aus: Internationale Finanzierungsmechanismen zum Schutz der Biodiversität müssen starke ökologische und soziale Leitplanken erhalten, um Menschenrechte und die Rechte indigener Völker zu stärken.

3. Besser leben mit weniger Ressourcen

Um die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht zu verletzen, müssen wir unseren Ressourcenverbrauch absolut reduzieren – wir müssen also insgesamt weniger verbrauchen. Dies ist nur mit einer konsequenten Politik des ressourcenleichten Wirtschaftens und einem Überdenken unserer Konsumgewohnheiten und Lebensstile möglich. Wir wollen dies mit einem systematischen Ansatz erreichen, der mögliche Rebound-Effekte (erhöhter Verbrauch nach Effizienzsteigerungen) verhindert. Das kann durch das Setzen fester Obergrenzen für Ressourcenverbrauch oder Emissionen erreicht werden, aber auch, in dem wir umweltschädliche Subventionen streichen, Einfluss auf die Preisgestaltung von Ressourcen nehmen und nachhaltige Lebensstile ermöglichen und fördern.

Für ein rohstoffarmes Land ist ressourceneffizientes Wirtschaften unverzichtbar. Ressourceneffizienz senkt die Abhängigkeit von Rohstoffen, macht Unternehmen wettbewerbsfähiger und schont Umwelt und Klima. Wir wollen den absoluten Ressourcenverbrauch unserer Gesellschaft verringern und mehr Lebensqualität bei gleichzeitig weniger Rohstoffverbrauch zu erreichen. Mit einer flächendeckenden und verbraucherfreundlichen Wertstoffsammlung bei Haushalten und Gewerbe legen wir die Grundlage für eine hochwertige Kreislaufwirtschaft. Hersteller wollen wir in die Verantwortung nehmen, schon bei der Produktion auf ein ökologisch optimiertes Design und hochwertiges Recycling zu achten. Dazu könnte zum Beispiel eine Ressourcenabgabe mit ökologischer Lenkungswirkung beitragen. Wie wollen Abfallvermeidung als gesetzliches Ziel festschreiben, Mehrwertquoten fördern und bessere Rahmenbedingungen für Wiederverwendung und Reparatur schaffen. Dadurch und durch längere Gewährleistungsfristen sagen wir der Wegwerfgesellschaft den Kampf an. Die Einwegflasche aus Plastik wollen wir zurückdrängen, u.a. durch eine Abgabe auf Einwegverpackungen. Auch Plastiktüten wollen wir mit einer Umweltabgabe belegen und umweltfreundliche Alternativen zu Plastikverpackungen fördern. Das derzeitige System der Wertstofferfassung muss grundsätzlich geändert werden, um den Anteil der stofflichen Verwertung deutlich zu erhöhen und Recyclingziele für kritische Rohstoffe zu entwickeln. Die Verpackungsverordnung wollen wir ablösen, die dualen Systeme durch eine zentrale Stelle auf Bundesebene ersetzen. Unser Elektroschrott landet oft illegal in fernen Län-

dern. Wir wollen illegale Exporte verhindern und gemeinsam mit Handel und Herstellern effektive Rücknahmesysteme einführen, als ersten Schritt ein Handypfand.

Viele Menschen versuchen bereits heute, beim Einkauf und in ihrem persönlichen Verhalten ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Wir fördern diesen individuellen und gesellschaftlichen Wandel der Lebensstile, indem wir uns für umweltfreundliche Mobilität einsetzen, Energiesparen belohnen und die ökologisch-regionale Erzeugung von Lebensmitteln voranbringen. Damit ermöglichen wir mehr und mehr Menschen, ein ressourcenleichtes Leben zu führen. Und mit der Solidarischen Ökonomie unterstützen wir diejenigen Organisationen vor Ort, die schon heute Experimentierräume für nachhaltige Produktions- und Konsummuster von morgen bieten.

4. Die Zukunft der Landwirtschaft ist grün

Wir GRÜNE stehen für eine regional verankerte, ökologische und multifunktionelle Landwirtschaft. Grüne Landwirtschaft produziert nicht nur gesunde und hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe, sondern bewahrt unsere Ökosysteme und natürlichen Ressourcen, sie pflegt unsere Kulturlandschaften und ist ein nachhaltiges Rückgrat für die Wirtschaft und die Lebensqualität im ländlichen Raum. Die industrialisierte Landwirtschaft dagegen verschärft viele Umweltprobleme. Pestizide, Mineraldünger und gefährliche Keime verschmutzen Gewässer und Böden. Monokulturen verdrängen biologische Vielfalt. Wir wollen die Agrarwirtschaft vom Teil des Problems zu einem Teil der Lösung machen. Dabei setzen wir auf das Leitbild des Ökolandbaus und eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft, auf gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel, regionale Verarbeitung und Vermarktung und tiergerechte Tierhaltung sowie auf dezentrale Agrarstrukturen mit all ihren regionalen Unterschieden.

Den Anfang dieser Agrarwende haben wir unter der grünen Landwirtschaftsministerin Renate Künast gemacht. Doch mit Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb kam der Rückfall zu einer Agrarpolitik, die auf Masse statt Klasse ausgerichtet ist, auf Billigproduktion und Agrarüberschüsse für den Export. Das wollen wir ändern und die grüne Agrarwende weiterentwickeln.

Die bisherige Agrarförderung beschleunigt den Strukturwandel, begünstigt große Betriebe und verschärft die Nachfrage nach den ohnehin knappen Flächen. Deshalb wollen wir sie grundlegend umgestalten. Fehlentwicklungen wie Grünlandumbruch, die Förderung von Stallneubauten ohne zusätzliche Tierschutzanforderungen oder die Ausbreitung von Mais-Monokulturen dürfen nicht länger subventioniert werden. Stattdessen sollten die Agrarzahlungen an ökologische und soziale Leistungen geknüpft werden wie den Klima- und Umweltschutz, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, artgemäße Tierhaltung oder regionale Wertschöpfung. Nur durch eine solche Förderung werden wir die bäuerlichen Strukturen gegen weitere Industrialisierung der Landwirtschaft schützen. Öffentliches Geld für öffentliche Leistung - das ist fair für alle. Das ist auch unsere Leitlinie für eine ökologische Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat alles versucht, die von der EU-Kommission beabsichtigte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und das "Greening" im Interesse der Agrarindustrie und des Bauernverbandes zu blockieren. Diese Blockade geht zu Lasten der bäuerlichen Betriebe und der Umwelt. Wir wollen, dass Deutschland künftig nationale Gestaltungsmöglichkeiten nutzt, um übermäßige Kürzungen bei der 2. Säule und die ungerechte Verteilung der Agrarzahlungen abzumildern. Insbesondere brauchen wir die Umwidmung von 15% der Gelder aus der Basisprämie zu Gunsten der 2. Säule in Kombination mit einer Degression der Direktzahlungen. Die verbleibenden EU-Exportsubventionen und andere handelsverzerrende Zahlungen, die zu Agrardumping der EU in Entwicklungsländern führen, wollen wir streichen. Stattdessen setzen wir uns auf EU-Ebene dafür ein, dass die Förderung des Ökolandbaus sowie die Umsetzung der FFH- und der Wasserrahmen-Richtlinie gestärkt werden.

Wir lehnen den Anbau und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen ebenso ab, wie gentechnisch veränderte oder geklonte Tiere. Die Agrogentechnik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt Erträge zu steigern, hat sie den Einsatz von Pestiziden und die Gefahren für Umwelt, Menschen und Tiere erhöht. Agrogentechnik macht unsere Ernährung und unser Saatgut abhängig von einer kleinen Zahl von Großkonzernen und beendet die freie Landwirtschaft und den Ökolandbau. Agrogentechnik reduziert die Vielfalt der Pflanzensorten, weil die Gentechnik-Konzerne immer mehr Züchter aufkaufen. Die Weiterentwicklung konventioneller Sorten wird vernachlässigt. Es gibt einen hohen Forschungsbedarf für eine tier- und umweltverträgliche Landwirtschaft, die die Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigt. Patente auf Pflanzen, Tiere und Menschen lehnen wir strikt ab, weil sie BäuerInnen und VerbraucherInnen in eine Abhängigkeit von Agrarkonzernen führen. Wir wollen im Interesse der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher unsere gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft und die Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen wirksam schützen. Den Flächenanteil des Ökolandbaus wollen wir deutlich ausbauen, damit die Erzeugung von Biolebensmitteln der steigenden Verbrauchernachfrage nicht länger hinterherhinkt. Mittelfristig wollen wir für ganz Deutschland eine ökologische Landwirtschaft mit anspruchsvollen Standards, die über das EU-Bio-Siegel hinausgehen. Die Teilumstellung von Betrieben wollen wir nicht mehr zulassen, bei Legehennenbetrieben bedarf es klarer Bestandsobergrenzen. Zum Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere der Bienen die einen der wichtigsten Beiträge zum Erhalt der Biodiversität leisten, muss der Pestizideinsatz drastisch reduziert werden. Wir werden den unverbindlichen Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu einem wirksamen Pestizid-Reduktionsprogramm ausbauen und eine grundlegende Verschärfung der Risikobewertung und Zulassungsverfahren bei Pestiziden anstreben. Für Wirkstoffe wie die bienengiftigen Neonicotinoide oder Glyphosat, die Umwelt und Menschen gefährden, fordern wir ein Anwendungsmoratorium. Wir werden die Entwicklung alternativer, biologischer Pflanzenschutzmittel unterstützen, um Pestizide zu ersetzen. Wir möchten die Verwendung von Nutzhanf und Mohn für Agrarbetriebe liberalisieren.

Unsere Vision ist der klimaneutrale Bauernhof, der von fossilen Energieträgern unabhängig wird, die Emissionen aus Düngung und Viehwirtschaft senkt und den Kohlenstoffschatz unserer Böden mehrt. Dazu wollen wir zum Beispiel den Erhalt von Grünland fördern sowie den Einsatz von nachhaltig erzeugtem, heimischen Pflanzenöl und von Leguminosenpflanzen, die den Stickstoff aus der Luft binden, voranbringen. Auch um die aus Überdüngung resultierenden Emissionen und Nitratbelastungen von Böden, Gewässern und Grundwasser zu reduzieren, muss die Tierhaltung eng an die heimische Produktion von Futter gebunden werden. Der Klimawandel wird die Landwirtschaft zu großen Anpassungsleistungen zwingen. Dabei wollen wir sie frühzeitig unterstützen.

Wer hochwertige Lebensmittel produziert sowie landschaftspflegerische d.h. öffentliche Aufgaben übernimmt, verdient dafür auch einen auskömmlichen Lohn. Daher unterstützen wir zum Beispiel Milchbäuerinnen und Milchbauern in ihrem Kampf für einen fairen Milchpreis und den Stopp der Überproduktion. Wir wollen die ErzeugerInnen gegenüber den Großmolkereien, der Ernährungsindustrie und dem Handel stärken. Auch international hat Preisdumping fatale soziale Folgen. Deshalb lehnen wir die exportorientierte Agrarpolitik der Bundesregierung ab. Aber auch umgekehrt gilt: Die riesigen Futtermittelimporte sind ebenso schädlich. Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen wollen wir wirksam entgegenwirken. Angesichts von immer mehr Höfen, die keine Hofnachfolger mehr haben, wollen wir die antiquierte Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte aufheben. Die restlichen Flächen der Boden Verwertungs und Verwaltungs GmbH (BVVG) sollen zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft privatisiert und verpachtet werden. Mit einer Änderung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze wollen wir zu ei-

ner breiten Eigentumsstreuung bei den landwirtschaftlichen Nutzflächen und zu besseren Chancen von JunglandwirtInnen und Neu- und QuereinsteigerInnen auf dem Bodenmarkt beitragen.

Gesellschaftliche Teilhabe muss auf dem Land gewährleistet sein. Regional und Bio ist erste Wahl! Große Chancen für die ländliche Entwicklung bieten dabei die Erneuerbaren Energien, die ökologische Lebensmittelwirtschaft und der nachhaltige Tourismus. Wir wollen Anreize für die grünen Berufe schaffen – besonders in den ländlichen Regionen.

5. Massentierhaltung – Nein Danke!

In der Massentierhaltung werden billiges Fleisch, Milchprodukte und Eier durch millionenfaches Tierleid und den massiven Einsatz von Antibiotika erkauft. Massentierhaltung fördert Artensterben und Klimawandel, weil für den großflächigen Anbau von Futtermitteln Regenwald gerodet und Grünland umgebrochen wird. Fast ein Drittel der Weltgetreideernte landet im Futtertrog. Zur Erzeugung von einem Kilogramm Rindfleisch werden zudem 15.000 Liter Süßwasser verbraucht. Damit steht die Massentierhaltung immer mehr in Konkurrenz zur Ernährung der Weltbevölkerung. Durch die von Großunternehmen vorangetriebene industrielle Tierproduktion sowie Dumping-Fleischexporte werden zum Beispiel in Afrika die Absatzmärkte für die lokalen ErzeugerInnen zerstört. Auch in Deutschland und Europa werden kleine und mittelständische Betriebe durch unfairen Dumping-Wettbewerb und Preisverfall als Folge von Überproduktion in den Ruin getrieben.

Wir GRÜNE halten dieses System der Massentierhaltung für nicht verantwortbar. Deshalb wollen wir die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen stoppen. Die Tierzucht ist auf Gesundheit und Lebensleistung auszurichten und nicht als Qualzucht auf immer mehr Milchleistung, Fleischansatz, Eier-oder Ferkelzahl ohne Rücksicht auf die physiologischen Grenzen des Lebewesens. Die Subventionierung der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie ihre Privilegien im Baurecht. Wir wollen alle Anlagen, die immissionsschutzrechtlich genehmigt werden müssen, die Privilegierung entziehen. Wir wollen mit einem neuen Tierschutzgesetz für tiergerechte Haltungsbedingungen sorgen, eine lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme schaffen und den Antibiotikamissbrauch durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften und verbindliche Antibiotikaleitlinien verhindern. Das Kontrollsystem in der Tierhaltung muss deutlich verbessert werden. Gülle aus Intensivtierhaltungen und Gärreste aus Biogasanlagen müssen auf ihre Belastung mit gefährlichen Keimen hin untersucht werden, um falls nötig, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Um Futtermittelimporte zu reduzieren, wollen wir die heimische Produktion steigern und die Tierhaltung stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel binden. Zudem muss der Import von Biomasse, und somit auch Futtermitteln, an die Einhaltung von strengen Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards gebunden werden. Unsere Konsumentscheidungen prägen die Welt. Das zeigt sich besonders beim Thema Fleischkonsum. Pro Kopf und Jahr essen wir Deutsche rund 60 Kilo Fleisch. Dieser hohe Fleischverbrauch birgt nicht nur gesundheitliche Risiken. Er erzwingt auch eine Massentierhaltung, die auf Mensch, Tiere und Umwelt keine Rücksicht nimmt. Deshalb fordern wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums. Öffentliche Kantinen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen. Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten und ein „Veggie Day“ sollen zum Standard werden. Wir wollen ein Label für vegetarische und vegane Produkte.

6. Schluss mit der Tierquälerei

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Tiere ein Anrecht auf ein artgerechtes Leben ohne unnötiges Leiden haben. Gemeinsam mit der Tierschutzbewegung haben wir dafür gesorgt, dass der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Tiere wollen wir um ihrer selbst willen schützen, deshalb werden wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten.
Damit die Rechte der Tiere besser vertreten werden können fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen und eine/n Bundesbeauftragte/n für Tierschutz. Außerdem fordern wir Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für den Tierschutz, damit Verstöße gegen das Tierschutzgesetz effektiv verfolgt werden können.

Tierschutz und artgerechte Tierhaltung sollen in den Ställen Einzug halten. Dazu gehören auch ausreichender Weidegang und Auslauf. Die Käfighaltung von Legehennen, Kaninchen und anderen Tieren muss beendet werden. Sie darf auch nicht mehr durch deutsche Exportbürgschaften für hier verbotene Käfighaltung in Drittländern gefördert werden. Wir wollen verbindliche Zucht- und Haltungsvorschriften für alle Tierarten einführen. Die Haltung von Schweinen und Rindern auf nacktem Beton und Vollspaltenböden, das Zusammenpferchen von Hühnern und Puten auf engstem Raum, Wassergeflügel ohne Zugang zu Wasser – das alles ist ein Skandal. Die Haltung von Nutztieren muss sich zukünftig an den arteigenen, natürlichen Bedürfnissen einer Tierart und damit am Tierwohl orientieren. Qualzuchten und die Praxis, Tiere etwa durch das Kupieren ihrer Schnäbel oder Schwänze an nicht artgerechte Haltungssysteme anzupassen oder durch Brandzeichen zu misshandeln, wollen wir verbieten.

Mit Schmerzen verbundene Eingriffe wie die Ferkelkastration dürfen nur mit Betäubung erfolgen oder müssen gänzlich unterbleiben. Tiertransporte innerhalb Deutschlands wollen wir auf eine Dauer von höchstens vier Stunden begrenzen und wir wollen die Schlachtmethoden auf Schlachthöfen verbessern. Dazu gehört die Überprüfung der CO2-Betäubung ebenso wie die Beendigung der Akkordarbeit und des Einsatzes von unqualifiziertem Personal. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir es durch eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung erleichtern, sich für Produkte aus artgerechter Haltung zu entscheiden.

Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren und langfristig komplett ersetzen. Dafür werden wir die Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch gesetzlich fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit Vertretern des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen sollen strikt verboten werden.

Zum Schutz von Haustieren wollen wir einen Fachkundenachweis einführen. Auch Wildtiere müssen wir besser schützen. Dafür fordern wir ihre Haltung im Zirkus zu verbieten sowie eine Novelle der rechtlichen Vorgaben für die Zootierhaltung. Den Import und die private Haltung regeln wir über die Einführung einer Positiv-Liste und ein Verbot von Wildtierbörsen. Auf europäischer Ebene muss der Tierschutz durch Importverbote von unter tierquälerischen Bedingungen erzeugten Produkten, Jagdtrophäen und wild gefangener Tiere gestärkt werden. International wollen wir den Schutz bedrohter Arten im Sinne des Vorsorgeprinzips weiter voranbringen.

Wer GRÜN wählt, …

- sorgt vor für eine intakte Umwelt und Natur sowie ein gesundes Leben
- unterstützt den Erhalt der Artenvielfalt

- sagt „Nein Danke“ zu Agrarfabriken, Massentierhaltung und Genfood
- fördert Ökolandbau, Regionalvermarktung und bäuerliche Landwirtschaft
- stimmt für Tierschutz und artgerechte Tierhaltung
- schützt unsere Lebensgrundlagen und Ressourcen weltweit

Schlüsselprojekte

Die Heimat von Storch und Laubfrosch schützen – Naturerbe bewahren

Die Lebensgrundlage vieler heimischer Pflanzen und Tiere ist gefährdet. Immer mehr Arten geht der Lebensraum verloren. Die Umsetzung der Naturschutzziele hinkt in Deutschland und international weit hinterher. Daher werden wir dafür sorgen, dass Bund und Länder endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und für 10% der Flächen grenzüberschreitend vernetzte Biotopsysteme schaffen. Insbesondere unserer alten, heimischen Buchenwälder sind bedroht. Durch immer intensivere Durchforstung wird ihre Artenvielfalt dezimiert. Aber auch für Erholung und das Naturerlebnis der Menschen sind alte Wälder unschätzbar wertvoll. Mit einem Bundesprogramm wollen wir in Kooperation mit den Bundesländern 10% der Wälder, die sich in öffentlichem Besitz befinden, zu Urwäldern von morgen machen, in die auch Körperschaft- und Privatwald eingebracht werden können.

Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung

Was in unseren Ställen stattfindet, ist nicht mehr hinnehmbar. Die Massentierhaltung hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischproduktion erforderlich machen. Wir wollen die Subventionierung der Massentierhaltung beenden, ihre Privilegierung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern und ein Label für Tierschutz sowie vegane und vegetarische Produkte einführen. Durch ein neues Tierschutzgesetz sorgen wir für tiergerechte Haltungsbedingungen, schaffen lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme und stoppen den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften. Durch die deutliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung sorgen wir gleichzeitig für einen nachhaltigen Umwelt- und Gesundheitsschutz. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns für bessere Tierschutzregeln in der Tierhaltung ein.

Durchatmen - Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz vorantreiben

Bei vielen Industrieprozessen und Verbrennungsprozessen z.B. in Kohlekraftwerken entsteht Quecksilber, das über die Abluft in die Umwelt gelangt. Dies führt zu einer weiteren Anreiche-

rung des Umweltgiftes auch in Lebensmitteln, insbesondere in Fischen. Die USA haben daher strenge Grenzwerte erlassen, um die Quecksilberbelastung deutlich zu reduzieren. Wir wollen die Immissionsschutzverordnung entsprechend ändern und werden uns EU-weit für anspruchsvolle Grenzwerte einsetzen, um grenzüberschreitend die Industrie in die Pflicht für eine gesunde Umwelt zu nehmen. So schaffen wir saubere Luft für alle.